



Samstag, 19. September 2026, 15:59 Uhr
~36 Minuten Lesezeit

Auf in die Kriegswirtschaft!

Deutschlands Industrie wird zur Waffenindustrie transformiert — die Gamer-Generation könnte bald echte Menschen töten. Was wurde aus der Losung „Nie wieder Krieg“?

von Simone Hörrein
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Olga Apanasenko)

*Weshalb sollen aus deutschen Pazifisten erneut
Militaristen werden? Und wie könnte man das*

„Friedensgen“ der Deutschen, wie wörtlich im deutschen Fernsehen gefordert, überschreiben? Was hat es mit dieser unsäglichen Kriegspropaganda in Deutschland und der Europäischen Union (EU) tatsächlich auf sich? Geht es wirklich um eine Bedrohung durch Russland, vor der man sich unbedingt schützen muss? Oder ist das Kriegsgeschrei nur dazu da, die nächsten 15 bis 20 Jahre zu überbrücken, die nötig sind, um die Infrastruktur für die Zeitwende aufzubauen? Ist die Kriegswirtschaft also nur ein kurzfristiger Ersatz, der die Abschaffung der alten Industrien erträglicher machen soll, um Aufstände zu verhindern? Dient sie dazu, uns Wohlstand zu suggerieren, während gerade internationale Unternehmen mit wehenden Fahnen Deutschland verlassen? Geht es hier also um die letzte große Abzocke, die Verschleuderung des Wohlstandes eines Systems, das ausgedient hat und von dem nichts zurückbleiben darf? Der Artikel beleuchtet Deutschlands Weg vom Pazifismus zum Militarismus.

Dass die Zeitenwende läuft und immer mehr an Fahrt aufnimmt, ist klar, jeder kann es sehen und vor allem im Geldbeutel spüren. Ob die Installation des bereits in der Schublade liegenden neuen Systems einen heißen Krieg benötigen wird oder ob der hybride Krieg ausreichen wird, das ist noch immer offen.

Klar ist, dass man sich in den informellen Zirkeln wie beispielsweise bei den Bilderbergern auf die Militarisierung Deutschlands und der Europäischen Union (EU) geeinigt hat. Das vom 9. bis 12. April 2026

in Washington D.C., USA, stattgefundene **Bilderberg Treffen** (<https://bilderberg.club/meetings/2026-2/%20und%20seine%20Teilnehmer%20www.bilderbergmeetings.org/meetings/meeting-2026/participants-2026>) lassen eines ganz klar erkennen: Die Kriegswirtschaft ist gewünscht, sie ist Teil dieser Zeitenwende. Der anwesende Alex Karp, seines Zeichens CEO des Überwachungsunternehmens Palantir, hat in seinem jüngst veröffentlichten Manifest bereits die Vorarbeit geleistet. Zur Entwaffnung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg meinte er, dies wäre ein Fehler gewesen, der sich jetzt rächen würde. Wie die Teilnehmer des diesjährigen Treffens so spricht auch die vorgestellte Start-up- und Scale-up-Strategie der **Bundesregierung** (https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/startup-scaleup-strategie-bundesregierung.pdf?__blob=publicationFile&v=32) für den Umbau der Wirtschaft in eine Kriegswirtschaft.

Deshalb ist nur konsequent, dass mit Anne Applebaum auch eine Kriegstreiberin „par excellence“ vor Ort war. Applebaum erhielt im Oktober 2024 den „Friedenspreis“ des deutschen Buchhandels. Bei ihrer Dankesrede zeigte sie, dass sie eine „würdige“ Preisträgerin ist: Der Westen müsse der Ukraine mehr helfen. Die Ukraine brauche Waffen, um den Krieg gegen Russland zu gewinnen. Deutschland habe eine besondere Verantwortung, sich für Frieden einzusetzen. Dafür müsse Deutschland Risiken eingehen.

Mit „Einsatz für den Frieden“ meint Applebaum wohl den Bau von Tötungsmaschinen und mit „Risiken“ meint sie sicher, dass Deutschland das Risiko der Vernichtung durch russische Atomwaffen eingehen müsse. Dass Deutschland im Ernstfall in Schutt und Asche gelegt werden würde, daran gibt es übrigens kaum einen Zweifel.

Laut Willy Wimmer und Wolfgang Effenberger hätten unsere alliierten „Freunde“ ein solches Szenario ja vor langer Zeit schon

einmal geübt. Sollte es also hart auf hart kommen, würde Deutschland eiskalt geopfert, selbstverständlich nur für den Frieden.

Sämtliche **Themen**

<https://www.bilderbergmeetings.org/meetings/meeting-2026/press-release-2026>), die beim Treffen der selbsternannten „Weltenlenker“ in lockerer Atmosphäre unter Chatham-House-Regeln diskutiert wurden, sind hochaktuell und von hoher Relevanz für unser aller Zukunft. Dennoch werde ich mich hier auf das Thema fokussieren, das ich persönlich als die größte Gefahr für den Frieden ansehe: Künstliche Intelligenz (KI) und die Zukunft der Kriegsführung. Von besonderer Bedeutung sind im Rahmen dieses Artikels die folgenden Personen, die allesamt Profiteure der Kriegswirtschaft sind und sich auf dem diesjährigen Bilderberg Treffen die Türklinke in die Hand gaben:

- Uwe Horstmann, CEO des deutschen Rüstungs-Start-ups Stark Defence,
- Gundbert Scherf, Mitbegründer und Co-CEO des deutschen Rüstungs-Start-ups Helsing,
- Daniel Ek, Vorstand und Gründer von Spotify SA und Gründer der Investmentfirma Prima Materia. Ek ist Investor des Rüstungs-Start-up Helsing und sitzt auch in dessen Vorstand,
- Jeanette zu Fürstenberg, Geschäftsführerin des Investmentvehicles General Catalyst und Gründerin von LaFamiglia, ein Wagniskapitalfonds, der primär von Industriellenfamilien und Angel Investoren betrieben wird. Auch sie sitzt im Vorstand des Rüstungs-Start-ups Helsing,
- Karl-Theodor zu Guttenberg, Vorstand von Spitzberg Partners LLC, einer Investmentfirma mit Sitz in New York, USA, und praktischerweise Lebenspartner der aktuellen deutschen Wirtschaftsministerin Katarina Reiche,
- Mathias Döpfner, Vorstand und CEO der Axel Springer SE.

Obwohl Mathias Döpfner vor allem für die Medienpropaganda zuständig sein dürfte, hat er auch ein finanzielles Interesse an dieser Aufrüstung. Döpfners Sohn Moritz ist nämlich ein Profiteur der aufziehenden Kriegswirtschaft. Der Döpfner-Spross gründete erst 2026 – in weiser Voraussicht – in Los Angeles die Investmentfirma Döpfner Capital, registriert in der US-Steuerinsel Delaware. Laut dem Magazin **Capital** (<https://www.capital.de/wirtschaft-politik/doepfner-sohn-bekommt-mehr-geld-fuer-seinen-start-up-fonds-37287390.html>) sammelte Döpfner für seinen Wagniskapitalfonds im April 2026 schon schlappe 90 Millionen Euro ein, wobei die erste Investition in das ebenfalls beim Bilderbergtreffen anwesende Berliner Kampfdrohnen-Start-up Stark Defence floss. Laut **Manager Magazin** (<https://www.manager-magazin.de/unternehmen/tech/peter-thiel-50-millionen-dollar-fuer-den-risikokapitalfonds-von-mathias-doepfners-sohn-a-238af84f-d3bf-49e6-b99f-95568a215b95>) soll Döpfner Capital zudem 50 Millionen Euro von Peter Thiel erhalten haben, der auch persönlich bei Stark Defence investiert ist und bei dem Döpfner einige Zeit als Chief of Staff wirkte. Das riecht nicht nur nach Vetternwirtschaft, das ist Vetternwirtschaft.

Der Ukrainekrieg: Startschuss zur Militarisierung

Folgt man den Finanzströmen und Investitionen, beschäftigt sich mit einigen Netzwerken und den zahlreichen Dokumenten, die aus unzähligen Thinktanks und NGOs kolportiert werden, man könnte fast der wahnwitzigen Idee verfallen, der Ukrainekrieg wäre nur eingefädelt worden, um Deutschland und die EU in eine Militärmacht zu verwandeln. Und zufälligerweise passen auch die Energie- und Corona-Krise ganz exzellent ins Bild. Denn beide Ereignisse ermöglichten es, Deutschland Schritt für Schritt von

seinen alten Industrien zu „befreien“ und die Rüstungsindustrie als Ersatz anzubieten.

Unter Zeitenwende ist also nichts anderes zu verstehen, als Deutschland in eine weitgehend vom Staat finanzierte Rüstungswirtschaft zu transformieren. In eine Wirtschaft also, in der die Bürger nicht nur den gefräßigen Staat finanzieren, sondern zusätzlich noch die Taschen von Investoren füllen.

Was bisher eher versteckt als Subventionen floss, fließt jetzt ganz offen, unter dem Vorwand der eigenen Sicherheit, über Start-ups als Mittelsmänner, auf die Konten internationaler Investoren.

Ohne den Ukrainekrieg wäre die Nachfrage nach Kampfdrohnen nicht steil in die Höhe geschneit. Und es ist natürlich der Ukrainekrieg, den auch die Gründer der Rüstungs-Start-ups als Grund für ihr Engagement anführen. Im Ukrainekrieg wurden die ersten deutschen KI-gesteuerten Drohnen getestet, die man gerne zum Exportschlager für Start-ups wie Stark Defence und Helsing machen möchte. Alleine 2024 verschoss die Ukraine über **eine Million** (<https://thedefensepost.com/2024/12/13/ukrainian-military-drones-2024/>) Drohnen. Zudem hat sich das Land verpflichtet, jährlich sage und schreibe **vier Millionen Drohnen** (<https://thedefensepost.com/2024/10/03/ukraine-produce-million-drones-2/>) zu produzieren. Die für die Expansion nötigen Fabriken in der Ukraine sollen auch von deutschen Unternehmen gebaut werden, wobei ein nicht unerheblicher Teil der finanziellen Mittel wohl aus dem EU-Budget und aus dem Sondervermögen Deutschlands kommen dürfte.

Die EU rüstet bereits seit Längerem auf, 2024 lagen die Ausgaben für das Militär bei **279 Milliarden US-Dollar** (<https://eda.europa.eu/news-and-events/news/2024/12/04/eu-defence-spending-hits-new-records-in-2023->

[2024#:~:text=At%20a%20record%20%E2%82%AC279,increasing%20spending%20by%20over%2010%25\)](#) und damit 10 Prozent höher als im Vorjahr. Die Aufrüstung in den EU-Staaten und in der Ukraine sorgen dafür, dass Investitionen in Rüstung endlich wieder die Kasse klingeln lassen. Und das ist erst der Anfang. Laut dem **Atlantic Council** (<https://www.atlanticcouncil.org/blogs/econographics/funding-the-european-defense-surge/>) erfüllten 2021 nur vier EU-Staaten die NATO-Vorgabe von 2 Prozent des BIP für Verteidigungsausgaben. 2024 waren es dann bereits **sechzehn Länder** (<https://www.politico.eu/article/eu-defense-spending-projected-boom-326b-european-defence-agency-russia-war-security/>). Bis 2030 will die EU rund 50 Prozent der Rüstung gemeinsam beschaffen und bis 2035 soll diese Zahl bis auf **60 Prozent** (https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_1321) klettern. Der EU-Verteidigungskommissar Andrius Kubilius, der sich auch regelmäßig mit Rüstungsunternehmen trifft, möchte laut **Reuters** (<https://www.reuters.com/world/europe/eu-must-find-billions-arms-within-year-defence-chief-says-2024-12-09/>), dass die EU in den nächsten zehn Jahren 500 Milliarden Euro in die „Tötungsindustrie“, euphemistisch Verteidigung genannt, steckt.

Automobilindustrie und ihre Zulieferer werden zu Handlangern des Todes

Wer die Definition von Zeitenwende verstanden hat, der versteht auch, weshalb das deutsche Flaggschiff, die Autoindustrie und deren Zulieferer sich nicht gegen die Deindustrialisierung wehren, weshalb lähmende Stille herrscht in der Deutschland AG. Sie alle wissen, was hier läuft, sie alle sind eingeweiht. Das zeigt auch ein Positionspapier, das der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDVS) im Februar 2024 gemeinsam mit

der IG Metall und dem SPD-Wirtschaftsforum vorgelegt hat. Titel des Papiers: „**Souveränität und Resilienz sichern**“ (<https://www.lobbyregister.bundestag.de/media/2d/46/336231/Stellungnahme-Gutachten-SG2407160018.pdf>). In der Pressemitteilung des **BVDS** (<https://www.bdsv.eu/aktuelles/pressemitteilungen/bdsv-zum-joint-white-paper-for-european-defence-readiness-2030.html>), der nichts anderes als eine Lobbyorganisation der Rüstungsindustrie ist, heißt es im März 2025: „Das Motto „Autos zu Rüstung“ oder „Auto2Defence“ weist hier den Weg.“

Das Aushängeschild der deutschen Autoindustrie, Volkswagen, hat sich diesen Slogan schon zu eigen gemacht und ihn in die Praxis überführt. Am 7. September 2026 **stimmte VW zu** (<https://electric-vehicles.com/vw-group/vw-to-sell-osnabruck-plant-to-israeli-investor-for-air-defence-production/>), sein Werk in Osnabrück an das Land Niedersachsen und den israelischen Investor **Aurelius Capital** (<https://aureliuscap.co/about>) zu verkaufen. Partner bei Aurelius Capital ist Ehud Lavie, ehemaliger stellvertretender Direktor des Mossad und ehemaliger Einsatzleiter. Der Standort soll zu einem „Kompetenzzentrum für Sicherheits- und Verteidigungslösungen“ ausgebaut werden, wobei **Rafael Advanced Defense Systems** (<https://www.rafael.co.il/>), der Hersteller des israelischen „Iron Dome“, als erster Industriepartner fungieren soll. Und auch Mercedes Benz, das Deutschland bis 2030 in Richtung Polen verlassen wird, will vorübergehend noch Panzer produzieren. Und selbstverständlich wollen sich auch Bosch, Continental, die Deutz AG, Porsche, Daimler Truck und Trumpf etwas vom großen Kuchen des deutschen Sondervermögens sichern.

Während diejenigen, deren Konten vor Geld überquellen, die Hände aufhalten, sollen diejenigen, die das alles finanzieren müssen, den Gürtel enger schnallen. Geht es eigentlich noch asozialer?

Auch die Firma Schaeffler aus dem beschaulichen fränkischen Herzogenaurach hat schon Nägel mit Köpfen gemacht. Der Automobilzulieferer wird sich freiwillig dem lukrativen Geschäft mit dem Tod anschließen. Laut einer Ankündigung auf dem Business Netzwerk „LinkedIn“ im Dezember 2025 wird Schaeffler die Fertigung und Beschaffung wichtiger elektronischer Komponenten für die Drohnen von Helsing übernehmen und gleichzeitig beim Aufbau widerstandsfähiger Lieferketten für wichtige Halbleiter und Rohstoffe mitwirken. Das „Memorandum of Understanding“ wurde von Klaus Rosenfeld, Vorstandsvorsitzender der Schaeffler AG, und Wolfgang Gammel, einem der Geschäftsführer der Helsing GmbH Deutschland, in Anwesenheit des Verteidigungsministers Boris Pistorius und der Wirtschaftsministerin Katherina Reiche unterzeichnet.

Pistorius sagte:

„Wir brauchen eine engere Vernetzung zwischen der zivilen und der Verteidigungsindustrie (dual-use). Die Absichtserklärung zwischen Helsing und Schaeffler ist ein hervorragendes Beispiel für viele andere.“

Und Reiche fügte hinzu:

„Wenn wir Synergien zwischen der zivilen und der sicherheitsrelevanten Produktion schaffen, entstehen skalierbare Kapazitäten. Es entstehen neue Arbeitsplätze, und die Lieferketten werden widerstandsfähiger.“

Neue Arbeitsplätze in der Tötungsindustrie? Gibt es eigentlich etwas menschenverachtenderes als die Wirtschaftskraft eines Landes auf der ständigen Angst vor Kriegen aufzubauen?

Wollen wir in der Welt wirklich als die Nation gesehen werden, die

den Tod perfektioniert? Wollen wir erneut, dass man in den Schlagzeilen der internationalen Presse liest: „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“?



Quelle: LinkedIn

Der Krieg als Videospiel

Was Pistorius und Reiche hier so lapidar verkünden, das fügt sich ganz hervorragend in das ohrenbetäubende Geschrei von Kriegstauglichkeit und einer potenziellen Wehrpflicht. Und passt dieses Kriegsgeschrei nicht auch ausgezeichnet dazu, dass man in den vergangenen Jahren unzählige Ego-Shooter Games unter die männliche Jugend gebracht hat? Weshalb funktioniert Helsing's Software zur Steuerung von Killerdrohnen ganz ähnlich wie ein Videospiel? Vielleicht weil Entscheidungen über Leben und Tod so zu einem algorithmischen Spiel werden? Das amerikanische Militär nutzt schon lange Videospiele zur Rekrutierung und

Desensibilisierung junger Männer, wie beispielsweise das Spiel **„America’s Army“** (https://en.wikipedia.org/wiki/America%27s_Army)“ von 2002.

In der Forschung ist lange bekannt, dass Kampfspiele den Spieler nicht nur desensibilisieren, sondern auch seine Tötungshemmung herabsetzen. Ein Spieler erfährt durch virtuelle Waffen extrem viel Macht. 2020 thematisierte die **Harvard Medical School** (<https://www.health.harvard.edu/blog/the-health-effects-of-too-much-gaming-2020122221645>) das Problem des Gamings. Und auch zur Problematik der Abhängigkeit von Kampfspielen gibt es reihenweise **Literatur** (<https://www.apa.org/monitor/2024/07/problematic-video-gaming-interventions>).

Der Co-CEO von Helsing, Torsten Reil, kommt aus der Gaming-Branche, er ist Gründer von **NaturalMotion** (<https://www.naturalmotion.com/who-we-are/>), bekannt für die Spiele „Backbreaker“ und „Clumsy Ninja“. Reil gibt ganz offen zu, die Drohensoftware so gestaltet zu haben, dass sie intuitiv einem Spiel ähnelt, damit sich Entscheidungen auf dem Schlachtfeld für Gamer vertraut anfühlen, wie **Wired** (<https://www.wired.com/story/helsing-ai-military-defense-tech/>) berichtet. Dadurch wird das Töten normalisiert und der Krieg zu einer abstrakten Hightech-Mission – genau wie in einem Spiel. Die Grenze zwischen Simulation und Realität verschwimmt, wodurch sich echte Kampfhandlungen abstrakt und distanziert anfühlen. Experten warnen, dass die „Gamifizierung des Krieges“ Menschenleben auf Datenpunkte und Ziele reduziert, die „Kill Chain“ beschleunigt und die moralische Verantwortung schwächt. Eine düstere Verschmelzung von Videospielen und Psychologie, die Krieg als heldenhaft, notwendig und sogar cool verkauft.

Die American Psychological Association kommt in einer **Übersichtsarbeit** (<https://www.apa.org/pi/families/review->

[video-games.pdf](#)) zu gewalttätiger Videospiel-Literatur zu folgender Conclusio:

„Wir kamen zu dem Schluss, dass das Spielen gewalttätiger Videospiele einen Einfluss auf Aggressivität hat. Dieser Einfluss äußert sich sowohl in einer Zunahme negativer Auswirkungen wie aggressivem Verhalten, aggressiven Gedanken und aggressiven Emotionen, als auch in einem Rückgang positiver Auswirkungen wie prosozialem Verhalten, Empathie und Sensibilität gegenüber Aggressionen.“

Sind das nicht die perfekten Voraussetzungen, die man für achtloses und von jeglicher Empathie befreites Töten benötigt?

Diese Desensibilisierung und das antisoziale Verhalten ist im Ukrainekrieg schon Realität. Dort können Soldaten für erfolgreiche Kriegshandlungen sogar Punkte sammeln, die sie gegen Ausrüstung einlösen können. Das Punktesystem nennt sich „**Army of Drones: Bonus** (<https://ukrainetoday.org/ukraines-drone-war-gets-gamified-why-bonus-points-for-kills-is-more-than-a-morale-booster/>)“. So wurde das Töten eines russischen Soldaten jüngst von drei auf sechs Punkte erhöht, um die Motivation zu steigern. Für die Zerstörung eines Panzers gibt es 40 und für ein Raketensystem bis zu 50 Punkte. Für die Gefangennahme eines russischen Soldaten zum Gefangenenaustausch sollen sogar 120 Punkte fällig werden. Die Punkte werden auf dem **Brave1 Market** (<https://brave1.gov.ua/en>) – einem „Amazon für den Krieg“ – eingelöst, um Drohnen, Waffen und Ausrüstung zu kaufen. Das System ist vollständig „gamifiziert“ und umfasst Ranglisten, Belohnungen und Echtzeit-Datenverfolgung – so wird der Krieg zu einem Wettbewerb um die höchste Punktzahl: Ganz wie im Spiel.

Das Rüstungs-Start-up Helsing und

seine Führungsspitze

Game-Designer **Reil** (<https://uk.linkedin.com/in/torstenreil>) gründete 2021 gemeinsam mit Gundbert Scherf, mit dem er sich den Chefposten teilt, und Niklas Köhler das Rüstungs-Start-up Helsing. **Scherf** (<https://forum2024.globsec.org/speakers/dr-gundbert-scherf/>) war 2024 am GLOBSEC Forum einer der Sprecher. Mehr zu GLOBSEC, das mit zu den Architekten dieser Zeitenwende zählt, später. 2024 stellte Helsing in München seine zweite Drohne, die HX-2 vor, die mit der Aufklärungs- und Angriffssoftware „Altra“ bestückt ist.

Die Basis der KI-Software stammt aus dem Deep-Learning-Unternehmen „Hellsicht“ des Mitbegründers **Niklas Köhler** (<https://de.linkedin.com/in/niklaskoehler>), der als Präsident agiert, sowie der Technologie der in 2022 übernommene Firma Design AI, die auf „reinforcement learning“ spezialisiert war. Köhler hat sich, bevor er in die Tötungsindustrie wechselte, mit KI-Software zur Erkennung von Tumoren beschäftigt. Helsing hat mittlerweile Niederlassungen in Estland, Frankreich und Großbritannien, was sich gut mit den GLOBSEC Vereinbarungen deckt. Reil ist aber auch aktiver Tech- und Biotech-Investor und zählt sogar zu den Top 100 Innovatoren des **MITs** (<https://www.thetwentyminutevc.com/torsten-reil>). Zudem ist er Mitglied des Innovation Board der **Münchener Sicherheitskonferenz** (<https://www.resilienceconference.io/speakers-rc25/torsten-reil>), die im Rahmen dieser Militarisierung eine wichtige Rolle spielt.

Reil war bereits vor der Helsing-Gründung Multimillionär, sein britisches Videospiel-Start-up **Natural Motion** (<https://www.naturalmotion.com/>) verkaufte er für stolze 527 Millionen US-Dollar an die Firma **Zynga** (<https://www.zynga.com/>). Der Türöffner des Gründertrios ist

Gundbert Scherf, der den Drehtüreffekt für seine Karriere optimal zu nutzen wusste. Aktuell verfügt er laut **Forbes** (<https://www.forbes.com/profile/gundbert-scherf/?list=billionaires>) über ein Vermögen von 2,3 Milliarden US-Dollar. Scherf war von 2014 bis 2016 Sonderbeauftragter für Katrin Suder im deutschen Bundesministerium der Verteidigung, wo er ein befristetes politisches Amt erhielt. Die Funktion wurde eingerichtet, um Reformen in der Verteidigungsbeschaffung und der digitalen Transformation voranzutreiben, insbesondere im Hinblick auf den Aufbau des Dienstes für den Cyber- und Informationsbereich.

Suder, die 2000 bis 2014 das Berliner McKinsey Büro leitete, war Scherfs Kollegin bei McKinsey und wurde 2014 von Ursula von der Leyen ins Verteidigungsministerium geholt, wo sie bis 2018 tätig war. Scherf wurde damals von McKinsey abgeordnet und kehrte nach Ablauf seiner Amtszeit zu McKinsey zurück, wo er bis 2021 tätig war. Suders Ernennung und die Einstellung ihres ehemaligen McKinsey-Kollegen Scherf in eine leitende Position im Ministerium lösten die „Berateraffäre“ aus. Suder saß zudem zusammen mit Katharina Reiche im **Security Innovation Board (2021 bis 2024)** (<https://securityconference.org/en/about-us/security-innovation-board/>) der Münchner Sicherheitskonferenz.

Helsings Vorstand: Großindustrielle werden VC Investoren

Helsings **erste Finanzierungsrunde**

(<https://techcrunch.com/2021/11/09/daniel-eks-fund-puts-e100m-into-defence-startup-helsing-ai-to-support-democracies/>)

in Höhe von 102,5 Millionen Euro wurde im November 2021 von Spotify-Gründer Daniel Ek über seine Investmentgesellschaft Prima Materia angeführt. Die **zweite Finanzierungsrunde**

(<https://techcrunch.com/2023/09/14/defence-ai-startup->

[helsing-breaks-the-record-for-european-ai-raising-a-223m-series-b/](#)), die 209 Millionen Euro einbrachte, führte im September 2023 General Catalyst (GC) an. GC leitete auch die **dritte Runde** ([\(https://techcrunch.com/2024/07/11/defence-ai-startup-helsing-raises-487m-series-c-plans-baltic-expansion-to-combat-russian-threat/\)](#)) unter Beteiligung von unter anderem Saab, Accel und Lightspeed, bei der im Juli 2024 insgesamt 450 Millionen Euro eingeworben wurden, was Helsing mit rund 5 Milliarden Euro bewertete. Ek leitete im Juni 2025 über Prima Materia eine erneute Finanzierungsrunde in Höhe von 600 Millionen Euro, wodurch Helsing eine Bewertung von 12 Milliarden Euro erreichte und sich das insgesamt eingeworbene Kapital auf 1,37 Milliarden Euro belief.

Wer soviel Risiko eingeht, der will selbstverständlich auch ein Wörtchen mitreden. Deshalb verwundert es wenig, dass Daniel Ek und Jeannette zu Fürstenberg, Präsidentin und Geschäftsführerin bei General Catalyst, im Vorstand sitzen. Fürstenberg ist zudem Gründungspartnerin der noch recht jungen Venture Capital Gesellschaft mit dem aussagekräftigen Namen „La Famiglia VC“ und sie ist Mitautorin des „SPARTA Paper“ zur Zukunft europäischer Verteidigungstechnologie. Die **Website** ([\(https://www.lafamiglia.vc/\)](#)) ist intransparent, man findet dort nur, dass es sich um einen Frühphasen-Venture-Capital-Fonds handelt, der die besten Tech-Unternehmer in Europa und den USA fördert. Wer tiefer gräbt, findet, dass zu den Investoren auch die Family Offices von Swarovski, Dr. Oetker, Hymer, Valentino, Estée Lauder und Fürstenberg zählen. Ebenfalls Teil von La Famiglia ist **KfW Capital** ([\(https://app.dealroom.co/investors/la_famiglia_vc?viewAllLps=true\)](#)), das ist vor allem deshalb erwähnenswert, weil die KfW die Gelder der Deutschlandfonds verwaltet.

Ein weiteres Vorstandsmitglied Helsing ist **Tom Enders** ([\(https://en.wikipedia.org/wiki/Tom_Enders\)](#)), dessen steile Karriere ihn über den üblichen Drehtüreffekt in die Vorstände der gesamten Deutschland AG führte. Neben seiner Tätigkeit bei der

Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Bonn und am International Institute for Strategic Studies (IISS) in London war er zwei Jahre lang im Planungsstab des Bundesministeriums der Verteidigung tätig. Auch bei Airbus/EADS, wo er ein Ruhestandspaket von schlappen 36,8 Millionen Euro erhielt, machte er Halt. Weitere wichtige Stationen waren die Lufthansa AG, die Knorr-Bremse AG und Lilium N.V., seit 2023 ist er auch Mitglied des Verwaltungsrats von GE Aerospace. Enders ist zudem Mitglied des Advisory Council der Münchner Sicherheitskonferenz.

Hier ist zum größeren Verständnis ein kleiner Einschub nötig: Co-Vorsitzende dieses Advisory Council ist die ehemalige kanadische Finanzministerin Chrystia Freeland, die praktischerweise derzeit

Wirtschaftsberaterin des ukrainischen Präsidenten

(<https://iop.harvard.edu/fellows/chrystia-freeland>) ist. Kanada ist außerdem der Initiator einer „Defence, Security & Resilience Bank“ (DSRB), welche langfristige, kostengünstige Finanzmittel für den Bereich Verteidigung, Sicherheit und Resilienz für Unternehmen bereitstellen will. Könnten diese Verbindungen möglicherweise etwas damit zu tun haben, dass der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) sich für eine Beteiligung Deutschlands an dieser **kanadischen Initiative** (<https://www.bdsv.eu/aktuelles/pressemitteilungen.html>) einsetzt? Wörtlich heißt es in der Pressemitteilung:

„Es liegt daher im Interesse der vom BDSV vertretenen Unternehmen, dass sich die Bundesregierung an dem für Juli 2026 geplanten Gründungsakt der DSRB beteiligt. Hierzu fordern wir die Bundesregierung dringlich auf.“

Das Geschäftsmodell

Kommen wir zu Helsings genialem Geschäftsmodell. Kunden sind

fast ausschließlich Regierungen und damit die Steuerzahler. Die Hauptabnehmer von Helsing Produkten sind aktuell primär die europäischen NATO-Staaten, denn man hält sich streng an Moral und Ethik und beliefert ausschließlich „Demokratien“ wie zum Beispiel die Ukraine. Neben dieser „Vorzeigedemokratie“ sind gegenwärtig vor allem Deutschland und Estland die Kunden. Laut einem Artikel in **TechCrunch**

(<https://techcrunch.com/2024/07/11/defence-ai-startup-helsing-raises-487m-series-c-plans-baltic-expansion-to-combat-russian-threat/>) vom Juli 2024 will Helsing selbst in den

kommenden drei Jahren 70 Millionen Euro alleine in baltische Verteidigungsprojekte investieren. Doch das ist nur der Anfang, geplant sind sogenannte „Resilienzfabriken“ in der gesamten EU. Die erste wurde **2024 in Süddeutschland**

(<https://helsing.ai/resilience-factories>) eröffnet und soll eine monatliche Produktionskapazität von mehr als 1.000 Kampfdrohnen haben.

Während Politiker den Sozialstaat abbauen, stopfen sich Investoren und ehemalige Großindustrielle die Taschen mit Steuergeld voll. Während die Regierung die Bevölkerung als faul beschimpft, das Gesundheitssystem scheibchenweise demontiert und sogar über eine Erbschafts- und Vermögenssteuer nachdenkt, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht für Großinvestoren und Superreiche gelten wird, haftet er zusätzlich für einen nicht unerheblichen Teil dieser Risikoinvestitionen mit Steuergeld.

Und auch „Public-Private-Partnerships“ dienen einzig und alleine dazu, das Geld der Öffentlichkeit in die Taschen von Investoren zu pumpen. Die deutsche Luftwaffe integriert beispielsweise Helsing KI-Software in den **Eurofighter Typhoon**

(<https://lsvp.com/stories/partnering-with-helsing-europes-leader-in-ai-enabled-defense/>). Zudem wird Helsing die

Entwicklung der KI-Infrastruktur für das Future Combat Air System (FCAS), einem Gemeinschaftsprojekt von Frankreich, Deutschland und Spanien, **übernehmen**

(<https://www.maginate.com/article/helsing-becomes-europes-largest-ai-defense-unicorn-with-223-million-funding-round/>). Für Airbus Defence and Space entwickelt Helsing KI-Technologien für das Projekt „**Wingman**

(https://defensemirror.com/news/36963/Airbus_Partners_with_Helsing_to_Develop_AI_Technologies_for_Unmanned_Wingman_System)“, ein unbemanntes Kampfflugzeug. In einem **Interview** ([https://www.ft.com/content/5b917d75-4721-4611-9b50-0892b0fcbdfb?](https://www.ft.com/content/5b917d75-4721-4611-9b50-0892b0fcbdfb?accessToken=zwAAAZb1erxBkc9bkX11RyFGEObUaiSsPy9-w.MEYCIQCMQ6thAYhY2axEDFb_zdJ_-x2SARyFVcMJabmgym8_QihAPNA2Jn8MqWQat7zgU-rF9Fxm13Fb1a9E6cnHnWnuRxO&segmentId=e95a9ae7-622c-6235-5f87-51e412b47e97&shareType=enterprise&shareId=3be822dd-5f3a-4b96-a2b1-24aebb6d6947)

[accessToken=zwAAAZb1erxBkc9bkX11RyFGEObUaiSsPy9-w.MEYCIQCMQ6thAYhY2axEDFb_zdJ_-x2SARyFVcMJabmgym8_QihAPNA2Jn8MqWQat7zgU-rF9Fxm13Fb1a9E6cnHnWnuRxO&segmentId=e95a9ae7-622c-6235-5f87-51e412b47e97&shareType=enterprise&shareId=3be822dd-5f3a-4b96-a2b1-24aebb6d6947](https://www.ft.com/content/5b917d75-4721-4611-9b50-0892b0fcbdfb?accessToken=zwAAAZb1erxBkc9bkX11RyFGEObUaiSsPy9-w.MEYCIQCMQ6thAYhY2axEDFb_zdJ_-x2SARyFVcMJabmgym8_QihAPNA2Jn8MqWQat7zgU-rF9Fxm13Fb1a9E6cnHnWnuRxO&segmentId=e95a9ae7-622c-6235-5f87-51e412b47e97&shareType=enterprise&shareId=3be822dd-5f3a-4b96-a2b1-24aebb6d6947)) vom März 2025 erklärte Reil, dass es für das Unternehmen ein „echtes Problem“ wäre, mit Deutschland Geschäfte zu machen, sollte die AfD jemals an die Macht kommen.

Stark Defence und die schrägen Ideen seines CEOs

Das zweite beim Bilderbergtreffen vertretene deutsche Rüstungs-Start-up **Stark Defence** (<https://stark-defence.com/de>) sitzt in Berlin und wurde 2024 von **Florian Seibel** (<https://quantum-systems.com/about-us/>), der auch das Rüstungs-Einhorn Quantum Systems gründete, **Uwe Horstmann** (<https://www.project-a.vc/team?personaModal=uwe-horstmann>) und **Johannes Schaback** (<https://www.crunchbase.com/person/johannes-schaback>) gegründet. Was auffällt: Auf der Website gibt es keine Auskunft über die Gründer oder die dort tätigen Mitarbeiter. Wie

Helsing, so wurde auch Stark Defence vor dem Hintergrund des russischen Angriffs auf die Ukraine und den dadurch gestiegenen Bedarf an unbemannten Waffensystemen, also Kampfdrohnen, gegründet. Laut **Website** (<https://stark-defence.com/de>) hat auch dieses Start-up innerhalb von nur zwei Jahren Niederlassungen in München, Stockholm (Schweden), Swindon (UK), Thessaloniki (Griechenland) sowie in der Kiew (Ukraine) gegründet. Das Geschäftsmodell entspricht dem von Helsing: Neben der Ukraine werden die Bundeswehr und gegenwärtig alle europäischen NATO-Staaten beliefert.

Im Juli 2025 übernahm Stark Defence das Berliner KI-Startup **Pleno** (<https://www.businessinsider.de/gruenderszene/technologie/stark-kauft-pleno-berliner-defense-startup-baut-auf-drohnensoftware/>), das Software für autonome Navigation und Schwarmfähigkeit von Drohnen entwickelt. Im August 2025 sammelte das Unternehmen in einer von **Sequoia Capital** (https://de.wikipedia.org/wiki/Sequoia_Capital) angeführten Wagniskapital-Finanzierungsrunde **62 Millionen US-Dollar** (<https://sifted.eu/articles/german-drones-startup-stark-funding-sequoia-62>) ein; die Bewertung des Unternehmens lag bei rund **500 Millionen US-Dollar** (<https://www.bloomberg.com/news/articles/2025-08-19/drone-maker-stark-defense-to-boost-valuation-with-fresh-sequoia-cash>). Im Rahmen einer weiteren Finanzierungsrunde erreichte Stark Defence im Februar 2026 eine Unternehmensbewertung von über einer Milliarde Euro und gilt seither als **Einhorn** (<https://www.hartpunkt.de/loitering-munition-stark-wird-zum-einhorn/>). Und im Juni 2026 kamen weitere 500 Millionen Euro frischer Investitionen hinzu. An dieser Finanzierungsrunde waren unter anderem Sequoia Capital, **Thiels Founders Fund** (https://de.wikipedia.org/wiki/Founders_Fund), der **NATO Innovation Fund** (<https://www.nif.fund/%20Project%20A%20Venture%20Capital%20https://www.project-a.vc/>), Air Street Capital, 201 Ventures,

Advent und **Döpfner Capital** (<https://doepfnercapital.com/>), die brandneue Venture Capital Gesellschaft von **Moritz Döpfner** (<https://kress.de/news/beitrag/147655-wie-sich-doepfners-sohn-in-den-usa-in-stellung-bringt.html>) beteiligt. Medienberichte bezifferten die Unternehmensbewertung anschließend auf rund 3,2 bis 3,5 Milliarden Euro. Weitere Investoren sind: 8VC, BlueYard Capital und In-Q-Tel – der **Investmentarm der CIA** (<https://sacra.com/c/stark-defence/>).

Auch Starks Angriffsdrohnen vom Typ „Virtus“ sollen sich bereits in der Ukraine bewährt haben. Danach entschied sich auch die Bundeswehr, die Loitering Munition zu beschaffen. Nach Angaben von **Reuters** (<https://www.reuters.com/business/aerospace-defense/germany-order-strike-drones-worth-536-million-euros-2026-02-10/>) plante die Bundesregierung zunächst Aufträge im Wert von 536 Millionen Euro als Teil eines größeren Rahmenabkommens von 4,3 Milliarden Euro; die Systeme waren zunächst für die deutsche Panzerbrigade 45 in Litauen vorgesehen. Im Februar 2026 billigte der **Haushaltsausschuss** (<https://taz.de/Stark-und-Helsing-erhalten-Zuschlaege/!6158026/>) des Deutschen Bundestages schließlich die Beschaffung von Loitering-Munition der Hersteller Stark Defence und Helsing für die Bundeswehr. Stark Defence bestätigte im Februar die Unterzeichnung des Rahmenvertrages.

Als Loitering Weapon oder Loitering Ammunition („lungernde Waffe“ oder „lungernde Munition“) werden Lenkwaffen bezeichnet, die ohne bestimmtes Ziel gestartet werden und anschließend längere Zeit über dem Zielgebiet kreisen. Drohnenpiloten am Boden können der Lenkwaffe per **Datenlink** (<https://de.wikipedia.org/wiki/Datenlink>) ein Ziel zuweisen und die Lenkwaffe greift dieses an. Je nach Ausführung können diese Waffen auftauchende Ziele auch mit ihren eigenen Sensoren entdecken, bewerten und den Angriff selbstständig ausführen.

CEO **Uwe Horstmann** (<https://www.project-a.vc/team?personaModal=uwe-horstmann>), der auch Gründungspartner der Venture Capital Firma **Project A** (<https://www.project-a.vc/team>) ist, hat mit Sicherheit keinen Interessenkonflikt. Auf der Website der **Atlantikbrücke** (<https://www.atlantik-bruecke.org/investing-in-european-resilience-navigating-the-new-geopolitical-and-technological-landscape/>) gibt er seine von jeglicher Geschichtskennntnis befreite Gehirnakrobatik zum Besten:

„Seien wir ehrlich: Es gibt kein besseres System zur Förderung von Innovation als den Kapitalismus. Deshalb müssen die Technologie-, Finanz- und Verteidigungsindustrie zusammenarbeiten, um ein widerstandsfähiges Ökosystem auf dem gesamten Kontinent aufzubauen. Dieses Ökosystem muss Akteure aus der etablierten Verteidigungsindustrie und multinationalen Konzernen zusammenbringen. Es muss aufstrebende Start-ups und Gründer einbeziehen, die ihr eigenes Unternehmen gründen wollen. Aus dem Finanzsektor: Risikokapitalgeber, Banken und Private-Equity-Firmen. Aus der Gesellschaft: Politik, Wissenschaft und Militär. Nur wenn alle Teile der Gesellschaft mitwirken, kann echte Widerstandsfähigkeit erreicht werden.“

Die eigentlichen Architekten der Kriegswirtschaft

Doch wer sind nun die eigentlichen Architekten dieser Kriegswirtschaft? Politiker sind es auf jeden Fall nicht. Und der Umbau zur Kriegswirtschaft ist mitnichten der Ukraine Krise geschuldet, er ist das Ergebnis eines mehr als 10-jährigen Prozesses, der von einer kleinen Gruppe von Thinktanks, Lobbyisten und Militärs vorangetrieben wurde. Die Recherche, unter anderem von **Corporate Europe Observatory** (<https://corporateeurope.org/en/2020/12/united-arab-emirates->

growing-legion-lobbyists-support-its-soft-superpower-ambitions) und **LobbyControl** (<https://www.lobbycontrol.de/ueber-uns/publikationen-material/>), ist eng verflochten mit denselben Personen, die in Thinktanks, Ministerien und der Industrie aktiv sind.

Wichtige Individuen dieser „Zeitenwende“ sind beispielsweise **Sophie Eisentraut** (<https://www.fpri.org/contributor/sophie-eisentraut/>) und **Tobias Bunde** (https://www.hertie-school.org/fileadmin/5_WhoWeAre/1_People_directory/Faculty_downloads/Bunde/Tobias_Bunde_CV_Public.pdf). Eisentraut war als transatlantische Postdoktorandin beim German Marshall Fund (GMF) in Washington, D.C., am Finnischen Institut für Internationale Angelegenheiten (FIIA) in Helsinki und am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit (SWP) tätig, bevor sie leitende Wissenschaftlerin bei der Münchner Sicherheitskonferenz wurde. Sie ist Mitherausgeberin der „Munich Security Report“-Serie. Eisentraut erforscht Legitimität und Reform internationaler Organisationen, zu den Herausforderungen für eine wirksame multilaterale Zusammenarbeit, die sich aus dem (Wieder-)Aufstieg nicht-westlicher Mächte ergeben.

Bunde ist Direktor für Forschung und Politik bei der Münchner Sicherheitskonferenz und Mitglied des Vorstandes der Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz. Seit Jahren ist er außerdem der zentrale Autor der „Munich Security Report“-Serie, die die Bedrohungsnarrative für die Politik liefert. Ein wichtiger Teil seiner Forschung ist zudem die nukleare Abschreckung. Er ist einer der Hauptforscher des von der US-amerikanischen Stanton Foundation finanzierten Projekts „**Raising the Nuclear IQ for a New Nuclear Age: Building a European Hub for Research, Teaching and Outreach on Nuclear Security**“ (<https://www.hertie-school.org/en/international-security/research/raising-the-nuclear-iq>).

Bunde ist Professor für Internationale Sicherheit an der Hertie School und Teil des Forschungsteams des Zentrums für Internationale Sicherheit (Centre for International Security) an der Hertie School, welches 2023 eine Zuwendung von der **Stanton Foundation** (<https://thestantonfoundation.org/>) erhielt, wodurch es sich fest als führendes Zentrum für Forschung im Bereich der nuklearen Sicherheit in Europa etablierte.

Die Stiftung sieht sich als stärkender Faktor für die Arbeit des Zentrums im Bereich der europäischen Nuklearstrategie und schafft gemeinsam mit dem Projektpartner, der Münchner Sicherheitskonferenz, eine Plattform, die politische und militärische Entscheidungsträger sowie die breite Öffentlichkeit in kritische Diskussionen über nukleare Sicherheit einbezieht, so die verzerrte Eigenwahrnehmung dieser Philanthropen. „Das Vertrauen der Stanton Foundation in das Zentrum, das sich in ihrer Unterstützung seit 2018 zeigt, ist ein wichtiger Schritt, um der Stimme Europas in der globalen Debatte über nukleare Sicherheit mehr Gewicht zu verleihen“, heißt es auf der **Website** (<https://www.hertie-school.org/en/international-security/research/raising-the-nuclear-iq>).

Die Vorbereitung für diese Zeitenwende erfolgte also im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz. In den Münchner Sicherheitsreports von 2018 bis 2022 setzten die Teilnehmer die Narrative. Bunde und Eisentraut propagierten bereits vor der Ukraine Krise die These, dass der „liberale Westen“ einer „revisionistischen Bedrohung“ durch China und Russland gegenüberstehe und sich militärisch neu ausrichten müsse. 2020 wurde dann unter deutscher Ratspräsidentschaft der „**EU Strategic Compass 2022**“ (https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/2022-03-21_strategic_compass.pdf) auf den Weg gebracht. Das Dokument wurde fast zwei Jahre lang **vorbereitet** (<https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/stra>

[tegic_compass_en3_web.pdf](#)) und erst im März 2022, nach dem russischen Ukraine-Einmarsch, veröffentlicht. Es ist das erste gemeinsame „Kriegsdokument“ der EU, in dem sich die EU als „Security Provider“, also als Waffenlieferant für praktisch die ganze Welt positioniert.

Verfasst wurde das Dokument von einer interessanten Organisation, die völlig unter dem Radar fliegt, aber wohl Millionen an europäischen Steuergeldern verschlingt: Der **European External Action Service** (https://www.eeas.europa.eu/eeas/about-european-external-action-service_en#8412). Ein Blick auf das **Organigramm** (<https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/2026/documents/2026%20-%2008%20-%2001%20-%20EEAS%20OrgChart%201.03.pdf>) zeigt eindrücklich, in welchen schwarzen Löchern unser Geld in der EU versickert. Die Grundlage für den EU Compass 2022 waren der **Ratsbeschluss** (<https://www.consilium.europa.eu/media/49527/st08396-en21.pdf>) vom 17. Juni 2020 sowie die **Bedrohungsanalyse** (<https://www.consilium.europa.eu/media/49527/st08396-en21.pdf>) vom 20. November 2020. Und nachdem das Ganze schriftlich fixiert war, wurde es anschließend in informellen Netzwerken wie GLOBSEC oder dem Bilderbergertreffen international diskutiert und abgesegnet. Das ist „unsere“ Demokratie!

Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat in den letzten Jahren seine Rolle als „Träger des Militär-Industrie-Komplexes“ massiv ausgebaut. Laut Recherchen von **Crossborder Talks** (<https://www.crossbordertalks.eu/2025/09/17/corporate-lobbying-germanys-military-industrial-complex-en/>) aus 2025 trägt der BDI die Forderungen nach Rüstungsausgaben direkt in die Politik. So zeigen die **LobbyFacts-Daten** (<https://www.lobbyfacts.eu/datacard/rheinmetall-group?rid=708107818892-23&sid=97958>) seit 2022 eine dramatische

Zunahme der Treffen zwischen Rheinmetall-Vertretern und EU-Kommissaren. Allein in den Jahren 2025 und 2026 gab es zahlreiche hochrangige Treffen, zum Beispiel mit Kommissar Andrius Kubilius und Valdis Dombrovskis zu Themen wie „Defence Investments“ und „Military Mobility.“

Auf europäischer und transatlantischer Ebene ist der Thinktank GLOBSEC von besonderer Wichtigkeit, auch wenn er in einem eher unbedeutenden Land etabliert wurde. Der slowakische Student Róbert Vass gründete 2005 das GLOBSEC Forum — **Forbes** (<https://www.forbes.com/sites/steveforbes/2019/06/24/robert-vass-democracy-cultivates-critical-tech-innovation-in-central-europe/?ctpv=searchpage>) beschreibt ihn 2019 als jemanden, der GLOBSEC „as a young college student“ ins Leben rief. Laut Forbes sei er für Demokratie, für freies Unternehmertum und Pro-NATO-Aktivist. Dass Vass nicht nur ein kleiner Student war, dem es gelang, eines der größten und einflussreichsten informellen Eliten-Netzwerke in Europa in einem winzigen Land aufzubauen, geht aus der GLOBSEC-eigenen **20-Jahres-Broschüre von 2025** (https://www.globsec.org/sites/default/files/2025-06/Globsec_brozura_20rokov_210x210_EN_nahlad_1.pdf) (1) hervor.

Der entscheidende Hebel war der Zugang zum Staat und zu den USA: Vass war Praktikant im slowakischen Außenministerium und knüpfte dort Kontakt zu Staatssekretär Ivan Korčok, der 2006 bis 2008 Außenminister war. Die erste GLOBSEC-Konferenz im Oktober 2005 fand im Kongresssaal des Außenministeriums statt. Vass war zudem schon damals Teil wichtiger internationaler Netzwerke: In der **Youth Atlantic Treaty Association (YATA)** (<https://atahq.info/yata/>) — ein internationales Netzwerk junger Diplomaten und Politikwissenschaftler, das von der Atlantic Treaty Association (NATO-nah) getragen wird — vertrat Vass die Slowakei. Das **Euro-Atlantic Centre (EAC)** (<https://www.eac.sk/>) — von ihm 2002 als Präsident übernommen — war die organisatorische Basis.

Zudem hatte Vass über den slowakischen Botschafter Kontakte in die USA. In der Broschüre steht explizit:

„A key strategic boost came in 2008 with the return of Ambassador Rastislav Káčer from Washington, who became chairman of SAC's (Slovak Atlantic Commission) board.“

(„Ein wichtiger strategischer Impuls ging 2008 von der Rückkehr von Botschafter Rastislav Káčer aus Washington aus, der den Vorsitz im Vorstand der SAC übernahm.“)

Káčer war slowakischer Botschafter in den USA und zuvor bei der NATO tätig, was wohl erklärt, weshalb aus Vass als Pro-NATO-Aktivist bezeichnet wird. Zudem hat Vass auch Verbindungen zum **Aspen Institute** (<https://aspeninstitute.ro/people/robert-vass/>), womit sich der Kreis wieder einmal schließt.

GLOBSEC ist laut **Website** (<https://www.globsec.org/who-we-are/about-us>) eine handlungsorientierte politische Einrichtung und hat Niederlassungen in Prag, Brüssel, Bratislava, Kiew, Wien und Washington, D.C., sowie eine feste Präsenz in Polen und auf dem Balkan. Dass mehr als nur Krieg hinter dieser Zeitenwende steckt, zeigt die Arbeit von GLOBSEC, das Führungskräfte aus dem öffentlichen und privaten Sektor sowie renommierte Experten zusammenbringt, um die drängendsten Herausforderungen anzugehen und so die Sicherheit, Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken, damit es eine konstruktive und einflussreiche Rolle bei der Gestaltung der globalen Zukunft spielen kann.

Ein Blick auf das **Team** (<https://www.globsec.org/who-we-are/our-people>), das **Board of Directors** (<https://www.globsec.org/board-directors>) sowie die **Unterstützer des Forums in Prag in 2024** (<https://forum2024.globsec.org/partners/>) ist unabdingbar für das

Verständnis der gegenwärtigen Ereignisse. Unter den Unterstützern finden wir alte Bekannte wie Microsoft, Amazon, Google, die Open Society Foundation, Roche, Telekom, E&Y, Palantir, Konrad-Adenauer-Stiftung und BMW. Wer sich tiefer in diese Materie einlesen möchte, der findet **hier**

(<https://www.globsec.org/publication/european-defence-industrial-scale-up-report>) den „European Defence Industrial Scale-up Report“.

Die Open Society Foundation spendete ab 2016 jährlich an GLOBSEC. 2023, nachdem die slowakische Fico-Regierung GLOBSEC staatliche Mittel entzog, spendete Soros' Stiftung sogar **2,2 Millionen US-Dollar**

(https://www.opensocietyfoundations.org/grants/past?filter_keyword=GLOBSEC). Alex Soros, Sohn von George Soros, besuchte das GLOBSEC Forum 2023 in Bratislava sogar persönlich.

Ein wichtiger Name ist in diesem Zusammenhang auch **Christal Morehouse** (<https://www.globsec.org/who-we-are/our-people/christal-morehouse>), Programmleiterin der Open Society Initiative for Europe (OSIFE) in Barcelona, die auch Teil des International Advisory Council von GLOBSEC war. Morehouse spielte auch in Deutschland eine nicht unbedeutende Rolle: Sie arbeitete von 2006 bis 2015 für die Bertelsmann Stiftung in Deutschland, Brüssel und Washington, D.C. Eines ihrer Forschungsthemen ist Migration, weshalb sie von 2003 bis 2004 auch Forschungsanalyst beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge war. 2006 war sie zudem Büroleiterin von Rita Süssmuth im Deutschen Bundestag. Morehouse ist Fulbright Stipendiatin und Mitglied von **Phi Beta Kappa** (<https://www.pbk.org/>), der ältesten akademischen Ehrengesellschaft in den Vereinigten Staaten. Wenn sich Menschen fragen, wie eine globale Steuerung überhaupt funktionieren könnte, dann weil Menschen aus aller Welt in diesen globalen Netzwerken zusammengeschaltet sind. Das ist keine Verschwörungstheorie, das ist eher praktizierte Verschwörung.

Auch der **NATO Innovation Hub** (<https://innovationhub-act.org/>), gegründet 2020 in Norfolk, USA, spielt eine gewichtige Rolle in dieser Propagandamaschine. Der Hub entwickelte das Konzept der „**Kognitiven Kriegsführung**“ (<https://www.act.nato.int/activities/cognitive-warfare/>)“ (Cognitive Warfare), die zur Manipulation der Köpfe dient. Autoren des **Dokuments** (<https://www.sto.nato.int/wp-content/uploads/chief-scientist-report-cognitive-warfare-final.pdf>) sind Janet M. Blatny, ehemals US-Air-Force, und Steen Søndergaard. Die Theorie wurde 2021 in Norfolk vorgestellt, 2022 im **Strategic Communications Centre of Excellence** (<https://www.act.nato.int/article/stratcom-coe-2025/>) institutionalisiert und 2025, im Rahmen der **Veröffentlichung** (<https://www.sto.nato.int/document/cognitive-warfare/>), zur offiziellen Doktrin erhoben.

Nachdem man die Gehirne gewaschen hatte, wurde zwischen 2022 und 2026 die Finanzierungsstruktur der Kriegswirtschaft in Angriff genommen.

In Deutschland wurden 2022 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr freigegeben, 2025 folgte auf dem NATO-Gipfel in Den Haag dann der Beschluss des **5-Prozentziels** (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/nato-gipfel-den-haag-2025-2355974>) für Verteidigung. Die operative Umsetzung erfolgte in Deutschland schließlich 2025 mit dem Deutschlandfonds durch die KfW.

Steuergeld für Investoren, Schulden für Bürger

Am 18. Dezember 2025 stellten Lars Klingbeil, seines Zeichens Bundesfinanzminister, und Katharina Reiche, deren Partner zu

Gutenberg ebenfalls der distinguierten Gesellschaft in Washington D.C. beiwohnen durfte, gemeinsam mit dem KfW-Vorstandsvorsitzenden Stefan Wintels den **Deutschlandfonds** (<https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Deutschlandfonds.html>) vor. Für potenzielle Investoren stellt der Bund öffentliche Mittel und Garantien in Höhe von rund 30 Milliarden Euro bereit. Der Staat verpflichtet sich, wenn Projekte nicht funktionieren, einen Teil der Investitionen zurückzuzahlen. Koordiniert wird der Geldsegen von der KfW, die mit KfW Capital Teil von LaFamiglia ist. **Beirat** (<https://www.kfw-capital.de/%C3%9Cber-uns/Beirat/>) und **Aufsichtsrat** (<https://www.kfw-capital.de/%C3%9Cber-uns/Aufsichtsrat/>) sind ebenso aufschlussreich wie der Vorstand der Geschäftsführung, **Jörg Goschin** (<https://www.kfw-capital.de/%C3%9Cber-uns/Gesch%C3%A4fts%C3%BChrung/>), der unter anderem Erfahrung bei The Boston Consulting Group und bei The Blackstone Group sammeln konnte.

Mit diesen Garantien folgt Deutschland einem Vorschlag, der beim GLOBSEC-Panel „The Missing Link in European Rearmament: Industrial Scale-Up“ besprochen wurde: Micael Johansson, CEO von Saab und Investor bei Helsing, sagte: „ohne klare Regierungszusage zu Mindestproduktionen investiert die Industrie nicht.“ Dabei beruft er sich auf ein Zitat aus dem GLOBSEC-Bericht:

„Without durable multi-year contracts or advance payments, we won't invest – we don't produce on stock.“

Deutsch:

„Ohne langfristige, mehrjährige Verträge oder Vorauszahlungen werden wir nicht investieren – wir produzieren nicht auf Lager.“

Admiral Rob Bauer (<https://www.nato.int/en/about-us/organization/who-we-are/chairs-of-the-military-committee/admiral-rob-bauer>), ehemaliger Vorsitzender des

NATO-Militärausschusses und Vorsitzender des Beirats der „European Defence Initiative“ bei GLOBSEC, schlug konkret „**pre-purchasing und pre-permitting of industrial land**“ (<https://events.globsec.org/?action=sessionDetail&ehash=l2KEn3Ozyb2toqqW2w%3D%3D&lang=en&moduleId=36187&page=eventDetail&sessionId=1232>)“ vor — also: Industrieland im Voraus zu kaufen und zu genehmigen, damit bei Spitzenbedarf sofort Fabriken gebaut werden können.

Während sich Investoren die Hände reiben, verschleudert der deutsche Staat mit dem Deutschlandfonds und dem Wachstumsfonds (Wagniskapital) wieder einmal das Geld der Steuerzahler, verschuldet die Bürger mit „Sondervermögen“ auf Jahrzehnte und wagt es auch noch, Steuern zu erhöhen und Bürgern ihr Recht auf ihre erarbeitete Rente abzusprechen.

Dabei ist bekannt, dass der Staat nicht nur die Rentenkassen geplündert hat, sondern dass er das Geld der Steuerzahler auch mit vollen Händen in alle Welt verteilt, während die Infrastruktur verrottet und Schulen, Krankenhäuser und Altenheime zunehmend verwahrlosen.

Dass dies traurige Realität ist, zeigt der **Haushalt 2027** (<https://augengeradeaus.net/2026/07/verteidigungshaushalt-soll-2027-um-fast-ein-drittel-steigen/>). Der Verteidigungsetat steigt um 32,7 Prozent, während das Budget des Gesundheitsministeriums um 34,2 Prozent gekürzt wird: Von 21,8 Milliarden auf 14,3 Milliarden Euro. Und Bundeskanzler Friedrich Merz wagte im Oktober 2025 die folgende Aussage:

„Der Wohlfahrtsstaat, wie wir ihn heute kennen, ist von unserer Wirtschaft nicht mehr finanzierbar — und deshalb müssen wir ihn ändern.“

Dies ist das explizite Eingeständnis, dass der Sozialstaat dem Rüstungsziel weichen muss. Diese Aussage ist nicht neu und sie stammt auch nicht von Merz, der wohl nur nachplappert, was man ihm vorlegt.

Sie stammt vom früheren EZB-Präsidenten und ehemaligem Goldman Sachs Banker Mario Draghi, der schon 2012 im Rahmen der Euro-Rettung sagte: Das europäische Sozialstaatsmodell gebe es nicht mehr, es sei nicht mehr finanzierbar.

Wie man so etwas widerspruchslös durchsetzt? Ganz einfach, mit der altbekannten Angst- und Schockstrategie: Angst erzeugen, Bürger akzeptieren Sozialabbau, Gelder fließen in Rüstung und sichern die Renditen für Investoren. Wie perfekt diese Angststrategie funktioniert, hat eine Umfrage (<https://www.tum.de/aktuelles/alle-meldungen/pressemitteilungen/details/mehrheit-fuer-kuerzung-von-sozialausgaben-zugunsten-verteidigung>) der TU München und der Universität Leipzig bereits bestätigt: 77 Prozent der Befragten sprechen sich für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus. Die Bevölkerung ist mehrheitlich bereit, Sozialausgaben insgesamt zugunsten der Verteidigung zu kürzen, weil sie glaubt, dies sei für die „Sicherheit“ notwendig. Die Gewinner sind diejenigen, die die Waffen produzieren und das Kapital besitzen; die Verlierer sind die Steuerzahler, die für die Produktion bezahlen und am Ende weder Sicherheit noch Sozialstaat haben.

Subventioniert werden diejenigen, die stets nach dem „freien Markt“ schreien, dabei aber extrem risikofreudig sind, wenn es um ihre eigenen Investitionen geht. Die Gewinne streicht man ein, während man sich die Investitionen von der arbeitenden Bevölkerung absichern lässt. Das ist kein freier Markt, das ist Interventionismus und Staatswirtschaft, auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Anstatt das Land aufzubauen, investiert man in hochriskante Start-ups, von denen bekannt ist, dass 75 Prozent von

ihnen scheitern, vergleiche Shikhar Ghosh, Harvard Business School, **VC failure rate 75 percent**

<https://www.fastcompany.com/3003827/why-most-venture-backed-companies-fail>).

Hinzu kommt, dass die Milliarden auch in DeepTech, einen der risikoreichsten Sektoren überhaupt, investiert werden sollen. DeepTech heißt, Science-Fiction in Realität zu verwandeln. Auf Deutsch: Deutsche Steuergelder werden für etwas verschwendet, das wahrscheinlich niemals erfolgreich sein, aber Milliarden an Euros verbrennen wird. Das sind Investitionen in Wetten, nicht in eine tragende Wirtschaft.

Die neue Kriegswirtschaft der dauernden Bedrohung

Das Ziel ist die Etablierung einer neuen Art von Kriegswirtschaft, einer die dauerhaft saftige Gewinne abwirft. Dabei muss es nicht unbedingt zu einem heißen Krieg in Europa kommen, aber ausgeschlossen ist ein solcher auch nicht. Um Milliarden in die Kriegswirtschaft zu pumpen, reicht bereits die dauernde Bedrohung, die Angst vor einem Angriff durch die Monster aus dem Osten. Ob es die „Rote Gefahr“ oder die „Gelbe Gefahr“ ist, ist dabei unerheblich.

Wichtig ist, dass die zur neuen deutschen Wirtschaft erkorene Kriegswirtschaft kontinuierlich Profite abwirft. Und damit dies reibungslos funktioniert, braucht es dauernde Bedrohung, gepaart mit kontinuierlichen Innovationen.

Waffenkäufe alleine reichen nicht aus, es bedarf eines Innovationszyklus, der die Waffen in regelmäßigen Abständen erneuert oder verbessert. Nur so schöpfen Investoren über einen

längeren Zeitraum die gewünschten Renditen ab.

Damit dies gelingt, hat man sich ein recht einfaches Muster einfallen lassen: Konflikte, egal wo in der Welt, generieren Daten vom Schlachtfeld, diese Daten sind notwendig um KI-Systeme zu trainieren und stetig zu verbessern. Damit steigt der Wert dieser Systeme. Und weil jeder bewaffnete Konflikt neue Trainingsdaten generiert, schafft das einen strukturellen Anreiz für langwierige oder wiederkehrende Konflikte — weil Frieden die Weiterentwicklung der KI und die Marktexpansion verlangsamt.

Die Risikokapitalgeber, die jetzt aus sämtlichen Löchern kriechen, finanzieren deutsche Start-ups wie Helsing oder Stark Defence also nicht für einmalige Drohnenverkäufe, sondern für eine langfristige Vorherrschaft in der KI-gestützten Kriegsführung. Wenn sich Länder, die sich Demokratien nennen, ständig militärisch weiterentwickeln müssen, um sich gegen „autoritäre KI-Systeme“ aus Russland oder China zu schützen, ist dies ein unendlicher Strom an Gewinnen. Die Botschaft ist klar: „Wenn du es nicht baust, werden es andere tun.“ Das Geschäftsmodell hängt somit von anhaltenden geopolitischen Spannungen ab, auch wenn diese nur herbeifantasiert sind. Das hat, zumindest in Ansätzen, etwas von Orwells Roman 1984.

Es ist ein sich selbst verstärkender Kreislauf:

Angst vor Konflikten finanziert Innovationen.

- Einsatz von KI erfordert Daten aus der realen Welt.
- Daten aus Kriegsgebieten verbessern die KI.
- Bessere KI rechtfertigt höhere Ausgaben.
- Höhere Ausgaben bedeuten mehr Profite für Investoren.

Die logische Folgerung: Frieden ist nicht profitabel und Stabilität ist ein Marktrisiko. Die Investoren wetten nicht auf einen ewigen Krieg in der Ukraine, sie wetten auf eine ewige Aufrüstung Europas und der Welt, die durch politische Verträge der NATO für die nächsten 10 bis 15 Jahre gesetzlich und finanziell garantiert ist. Dafür sorgen auch die im Juni 2025 in Den Haag beschlossenen **5 Prozent des BIP** (<https://www.nato.int/en/about-us/official-texts-and-resources/official-texts/2025/06/25/the-hague-summit-declaration>), die alle EU-Staaten bis 2030 für Verteidigung auszugeben haben.

Das Steuergeld geht nicht nur in die Füllung der Vorratslager, es ist für den Aufbau ganz neuer Kapazitäten gedacht, wozu Fabriken, Forschung, Cyberabwehr und Infrastruktur zählen. Dass Konzerne wie Rheinmetall mit Fabriken in der ganzen Welt vertreten sind, ist dabei kein Zufall, es ist eine perfekt ausgearbeitete Strategie. Da die dort gebauten Waffen nicht dem strengen deutschen Exportrecht unterliegen, können sie völlig problemlos in den Nahen Osten, nach Asien, nach Afrika und an jeden Krisenherd der Welt exportiert werden.

Das lässt das Investorenherz höher schlagen, denn der globale Rüstungsmarkt wird bis 2035 auf über vier Billionen Dollar geschätzt – das ist eine „4 mit zwölf Nullen“.

Die Staaten bezahlen die Fabriken und ihre Kriegsbereitschaft quasi als „Dauerleistung“. Selbst wenn keine einzige Patrone verschossen wird, fließen Renditen aus den Verträgen zur Instandhaltung der

Kapazitäten. Das verwandelt die Rüstungsindustrie in eine Art Vorsorgeinfrastruktur, ganz ähnlich wie etwa Autobahnen oder Stromnetze, die, ganz unabhängig von der tatsächlichen Nutzung, staatlich finanziert wird. Deswegen werden Rentner, chronisch Kranke, Alte und Pflegebedürftige bald in die Röhre schauen.

Dauerrenditen durch Wandel vom Produkt zur Dienstleistung

Ein weiterer Renditegenerator ist das Geschäftsmodell „Produkt als Dienstleistung“, das künftig auch für Rüstung gelten soll. Konzerne verkaufen nicht mehr nur Waffen oder Drohnen, sondern eine vertraglich gebundene Wartung. Das können Software-Updates, KI-Upgrades und Ersatzteile für mehrere Jahre sein.

Selbst wenn die Lager voll sind, die Kriegsgeräte müssen gewartet, software-technisch aktualisiert und trainingsmäßig betreut werden. Dieser Markt ist langfristiger und deutlich krisensicherer als der reine Waffen- und Munitionsverkauf. Ein moderner Kampfpanzer verliert ohne ständige Software-Patches und Wartung an Wert — hier liegen die zukünftigen Margen.

Dass Nachhaltigkeit nur ein „Buzz Word“ ist, das den Bürger an Verzicht gewöhnen soll, wird daraus ersichtlich, dass Unmengen an Ressourcen wie Stahl, Energie und Metalle für Chips verschwendet werden, um Systeme zu bauen, deren einziger Zweck es ist, ungenutzt zu verrotten oder — im schlimmsten Fall — zerstörend eingesetzt zu werden. Eine derartige Industrie steht in direktem Widerspruch zu jedem Prinzip der ökologischen Nachhaltigkeit.

Aus der Perspektive des „Finanz-Casinos“ ist das jedoch ein perfektes Geschäftsmodell. Denn das Risiko trägt am Ende der

Steuerzahler. Werden die Waffen durch Krieg verbraucht, macht die Industrie Rekordgewinne durch Nachbestellungen. Anderenfalls sprudeln die Gewinne durch die staatlichen Zahlungen für den Erhalt der Kapazitäten und durch Exporte. Das ist die Perfektionierung eines Geschäftsmodells, das Gewinne privatisiert und die Kosten für Ressourcen sowie das moralische Risiko vergesellschaftet.

Was für den normalen Menschen an Absurdität grenzt, ist für die Investoren der Garantieschein für stabile Renditen über die nächsten Jahre. Die Investoren setzen auf den eingefädelten globalen Rüstungswettlauf, ausgelöst durch zwei Kriege. Die Investoren wetten darauf, dass die „Zeitenwende“ ein struktureller Dauerzustand ist. Das Misstrauen gegenüber Russland wird weiter geschürt und die NATO-Staaten werden ihre Budgets nicht wieder kürzen. Das Geld ist also sicher investiert – nicht in den Krieg von heute, sondern vielleicht von morgen. Die Aufrüstung in der EU ist keine spontane Reaktion auf den Ukrainekrieg, sie ist die Realisierung eines lange angelegten Plans, der die Ukraine Krise als Auslöser nutzte, um politisch durchsetzbar zu machen, was zuvor weder moralisch noch finanziell als durchsetzbar galt.

Das Ende: Die Zerstörung der sozialen Absicherung

Ist es ein Wunder, dass gerade Goldman Sachs einen Multiplikatoreffekt prognostiziert. Jede Milliarde, die in Rüstung fließt, generiere Aufträge für die Industrie, schaffe Arbeitsplätze und steigere das BIP, heißt es. Was die Goldmänner vergessen, dies ist nur ein mittelfristiger und sehr kurzsichtiger Effekt. Eine Studie der OECD vom Juni 2026 warnt, dass, wenn Rüstungsausgaben Investitionen in Bildung und Gesundheit verdrängen („crowding out“), das langfristige Wachstumspotenzial und damit die Basis für

den Wohlstaat sinkt. Nicht zu vergessen, die hohen Schulden für Rüstungsausgaben führen zu steigenden Zinszahlungen. Diese Zinsen „fressen“ dann den Spielraum im Haushalt, der für Soziales nötig wäre, weiter auf.

Prognosen gehen davon aus, dass die Zinsausgaben bis 2030 auf fast 80 Milliarden Euro steigen könnten — das ist fast ein Drittel des aktuellen Sozialbudgets. Die Analysten von **Freedom Lab** (<https://freedomlab.com/posts/the-social-and-cultural-implications-of-europes-militarization>), einem Thinktank, der einer niederländischen Investment Gruppe nahe steht, beobachten ein Muster, das gewollt ist, die Angleichung an die USA: Wenn Europa dauerhaft 3 bis 5 Prozent des BIP für Sicherheit ausgibt, nähere es sich der Haushaltsstruktur der USA an. Dort seien die Sozialsysteme deutlich schwächer ausgeprägt als in Europa. Das Muster deute darauf hin, dass der Wohlfahrtsstaat in seiner jetzigen Form ohne massive Steuererhöhungen oder Schuldenwachstum nicht mit hohen Rüstungsausgaben vereinbar ist.

Die meisten Deutschen haben leider noch immer nicht verstanden, was da auf sie zukommt. Vielleicht weil das Ganze, wenn auch nicht mehr schleichend, so doch noch in einem erträglichen Tempo geschieht? Vielleicht weil die Auswirkungen nur nach und nach sichtbar werden und immer nur einzelne Gruppen betreffen?

Doch die Einschläge kommen näher, die Einschränkungen nehmen zu, die Kosten steigen und der inflationäre Druck wächst. Die Zinslast und die demografische Wende, die mit dem Rentenbeginn der Babyboomer voll durchschlagen wird, werden den Druck auf das System mit jedem Jahr erhöhen. Diesem Druck dürfte zuerst durch eine radikale Umverteilung durch Steuererhöhungen und Enteignung ausgewichen werden, was zu Verarmung in weiten Teilen der Gesellschaft führen dürfte. Doch auch das dürfte nur aufschiebende Wirkung haben und den finalen Zusammenbruch des

Sozialstaates und damit der Gesellschaft, wie wir sie kennen, nicht verhindern. Die Welt wird nicht untergehen im Rahmen dieser Zeitenwende, doch sie wird sich radikal verändern. Wer diese neue Welt kennenlernen möchte, der muss nur weiterhin die Füße still halten.



Simone Hörlein ist Lebensmittelchemikerin und Wissenschaftsjournalistin. Nach ihrem Studium an der **TU München** war sie mehrere Jahre in der medizinischen Forschung tätig und arbeitete zuletzt in der Wissenschaftskommunikation des **Kompetenzzentrums für Ernährung**. Neben den Naturwissenschaften interessiert sie sich für Finanz- und Geopolitik. Aktuell lebt sie in Kanada.